Donald Trump lässt keine Gelegenheit aus, sich als zentralen Akteur auf der Weltbühne zu inszenieren – auch nicht im Vorfeld der Olympischen Spiele 2028 in Los Angeles. Am Dienstag kündigte der US-Präsident in einer live übertragenen Zeremonie im Weißen Haus die Gründung einer präsidialen Taskforce an, die sich mit der Vorbereitung der Spiele befassen soll. Der Präsident selbst wird diesem Gremium vorsitzen – ein ungewöhnlicher, ja beispielloser Schritt in der US-Geschichte.

Mit dieser Initiative setzt Trump ein machtpolitisches Zeichen: Gegenüber der demokratisch regierten Stadt Los Angeles und dem Bundesstaat Kalifornien unter Gouverneur Gavin Newsom will er demonstrieren, dass die Bundesregierung – genauer: das Weiße Haus und Donald Trump selbst – das letzte Wort bei einem der größten Sportereignisse der Welt haben wird.

Sicherheitsdominanz und politische Machtdemonstration

Die Zusammensetzung der neuen Taskforce ist bemerkenswert. Neben dem Vizepräsidenten JD Vance sind mehrere Kabinettsmitglieder und enge Berater des Präsidenten vertreten. Laut einer Mitteilung der Regierung soll das Gremium „die Koordination der Sicherheitsmaßnahmen aller Bundesbehörden übernehmen“ und auch „die Visa- und Akkreditierungsprozesse für internationale Teilnehmer und Medienvertreter beschleunigen“. Besonders brisant ist die angekündigte Möglichkeit, aktive Soldaten sowie die Nationalgarde zur Absicherung der Spiele einzusetzen.

Die Ankündigung folgt auf einen politischen Eklat im Juni, als Trump die Nationalgarde ohne Zustimmung des Gouverneurs in Kalifornien mobilisieren ließ – aus Anlass von Protesten gegen eine aggressive Einwanderungspolitik. Der Schritt war höchst ungewöhnlich und gilt als direkter Affront gegenüber Gouverneur Newsom.

Nun wiederholt sich das Muster: Trump nutzt den föderalen Hebel, um sich in ein Projekt einzuschalten, das traditionell in der Verantwortung der lokalen und bundesstaatlichen Behörden liegt. Die Olympischen Spiele sind, organisatorisch wie politisch, ein Gemeinschaftsprojekt – Trump deutet es zu einem Projekt des Weißen Hauses um.

Spaltungslinien im Sport

Auch sportpolitisch positioniert sich Trump im Kontext von LA 2028 klar. In seiner Ansprache am Dienstag wiederholte er seine ablehnende Haltung gegenüber der Teilnahme von trans Frauen an Frauenwettkämpfen und kündigte an, dass seine Regierung dafür sorgen werde,

dass „niemand Frauen ihre Trophäen stiehlt“. Bereits seit seinem Amtsantritt im Januar verfolgt der Präsident eine Reihe von Maßnahmen gegen trans Personen, insbesondere im Bildungs- und Sportbereich.

Diese Haltung hat innenpolitische Folgen. Während konservative Wählergruppen Trumps klare Linie begrüßen, mehren sich Proteste von Menschenrechtsorganisationen und Sportverbänden, die auf die Charta des IOC verweisen, welche Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentität untersagt. Das Internationale Olympische Komitee hat sich bislang nicht öffentlich zu Trumps Äußerungen geäußert, dürfte aber kaum erfreut über die Politisierung des US-Präsidenten sein.

Harmonie mit dem Organisationskomitee, Konfrontation mit Kalifornien

Trotz der offensichtlichen politischen Spannungen mit den kalifornischen Behörden bemühte sich Trump, eine gewisse Harmonie mit dem lokalen Organisationskomitee LA 2028 zu demonstrieren. Casey Wasserman, Präsident des OKs, war zugegen und überreichte Trump symbolisch Repliken der Medaillen von 1984 – dem Jahr der letzten Olympischen Spiele in Los Angeles. In einer warmherzigen Geste lud er Trump sogar ein, Teil der olympischen Fackelstaffel zu werden, die durch alle 50 Bundesstaaten führen soll.

Auffällig war allerdings, dass weder Gouverneur Gavin Newsom noch Bürgermeisterin Karen Bass bei der Veranstaltung im Weißen Haus anwesend waren. Trump bezeichnete Bass später als „inkompetent“ im Umgang mit den Waldbränden im Januar – ein weiterer Seitenhieb, der die Spannungen zwischen Washington und Californien unterstreicht.

Ein Spiel mit vielen Ebenen

Die Olympischen Spiele 2028 in Los Angeles versprechen nicht nur ein sportliches Großereignis zu werden, sondern auch ein politisches Schaulaufen der US-Regierung. Trump versucht, das Ereignis zu einem Vehikel seiner politischen Agenda zu machen – sicherheitspolitisch, kulturell und symbolisch.

Ob das IOC sich diese Einflussnahme gefallen lässt oder ob es zu Spannungen mit den internationalen Sportgremien kommt, bleibt offen. Klar ist aber schon jetzt: Mit der Einrichtung der präsidialen Taskforce hat Trump einen weiteren Hebel gefunden, seine Präsenz auf der innen- wie außenpolitischen Bühne zu stärken – und das mit einem Ereignis,

das eigentlich der Völkerverständigung dienen soll.

Autor: Andreas M. Brucker